

# „Unser Leitsatz ist, Flüchtlings- und Integrationspolitik zusammen zu denken“

Martin Link arbeitet beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.



## Erste Zwischenbilanz der Flüchtlingspolitik der neuen Landesregierung nach sechs Monaten

„Viele Schritte in die richtige Richtung!“ So überschrieb der Flüchtlingsrat seine Presseerklärung zum frisch veröffentlichten Kieler Koalitionsvertrag am 4. Juni 2012. Ein halbes Jahr danach deuten sich Konkretionen zu den vielfältigen flüchtlings- und integrationspolitischen Ankündigungen der neuen Landesregierung an.

„Schleswig-Holstein ist ein Einwanderungsland. Wir setzen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Partizipation aller Menschen. Wir wollen diesen Menschen in Schleswig-Holstein ein Zuhause und eine Zukunft bieten. Unser Leitsatz ist, Flüchtlings- und Integrationspolitik zusammen zu denken.“ Diese im Koalitionsvertrag formulierte Abkehr von einer Politik, die Flüchtlinge bis dato aus der Integrationsförderung weitgehend ausgrenzte, hat Innenminister Breitner am 14. September bei seiner Grundsatzrede anlässlich einer vom Innenministerium und der LAG der freien Wohlfahrtsverbände gemeinsam organisierten Tagung nochmals ausdrücklich bestätigt (siehe Dokumentation auf S. 6) Der inzwischen vom Kabinett beschlossene Landeshaushalt 2013 deutet an, wo dieser Paradigmenwechsel konkret werden soll.

Um es gleich vorweg zu sagen: Der Flüchtlingsrat wird die im Koalitionsvertrag angekündigte institutionelle Förderung erhalten. Entsprechende Mittel sind im Haushaltsentwurf eingestellt. Und wir freuen uns nicht nur für uns, sondern auch für die Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein, die ebenfalls institutionell gefördert werden soll.

Auch sollen die im Haushaltsjahr 2012 vollzogenen Kürzungen bei der Förderung der Migrationssozialberatungen ab 2013 zurückgenommen werden.

„Wir brauchen eine neue, akzeptierende Willkommenskultur, die sich auch im konkreten Verwaltungshandeln widerspiegelt.“ erklärt der Koalitionsvertrag. Dem Begleitausschuss zum Aktionsplan Integration, dem seit März 2012 bestehenden Integrationsbeirat der

Landesregierung, ist die Aufgabe zugesprochen worden, ein Konzept zur Interkulturellen Öffnung der Landes- und anderer Verwaltungen zu erarbeiten. Das aus VertreterInnen sämtlicher relevanter Ministerien, Kommunalverbände, Bildungsinstitutionen, der Wohlfahrtsverbände und von MigrantInnenorganisationen zusammengesetzte Gremium hat sich die Erarbeitung eines Grundsatzkonzeptes vorgenommen. Dieses soll darauf abzielen, nicht nur die Notwendigkeit interkultureller Öffnung in der Einwanderungsgesellschaft, sondern auch den möglichen „Gewinn“ für effektives Verwaltungshandeln bewusst zu machen.

Hinsichtlich des ständigen Konfliktthemas „Mitwirkungspflicht“ Betroffener an aufenthaltsbeendenden Maßnahmen kündigt der Koalitionsvertrag an, „wir werden den bundesgesetzlichen Ermessensspielraum ausschöpfen und gemeinsam mit dem Flüchtlingsbeauftragten und der Landesregierung ermessensleitende Hinweise erarbeiten.“ Darüber hinaus kündigten die Koalitionäre im Sommer an: „Per Erlass werden wir regeln, dass Arbeitsverbote nicht mehr als Sanktionsmittel verhängt werden dürfen.“ Inzwischen sind zu diesen Themen Gespräche zwischen dem zuständigen Innenministerium und u.a. der AG Migration & Arbeit (Flüchtlingsrat SH, Landeszuwanderungsbeauftragter SH, Diakonie SH, Netzwerk Land in Sicht!, IQ-Projekt access) aufgenommen worden. Die Fachaufsicht verweist allerdings im Wesentlichen auf einen Erlass vom 10. März 2009 (siehe [www.frsh.de](http://www.frsh.de)) und sieht zeitnah keinen weiteren Handlungsbedarf.

## „Wir brauchen eine neue, akzeptierende Willkommenskultur, die sich auch im konkreten Verwaltungshandeln widerspiegelt“, erklärt der Koalitionsvertrag

„Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind der zentrale Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Auch für Menschen im Asylverfahren und ohne sicheren Aufenthaltstitel ist der Spracherwerb lebensnotwendig. Wir werden daher die Sprach- und Integrationskurse für diese Menschen öffnen“, verspricht der Koalitionsvertrag. Im Haushalt 2013 sind indes keine Mittel eingeplant, die auf die Sprachförderung für Flüchtlinge abzielen. Laut Auskunft des zuständigen Innenministeriums soll hier zunächst versucht werden, Bundesmittel in Anspruch zu nehmen, die ggf. schon 2013 zu konkreten Angeboten führen sollen.

„Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Abschiebepolitik“, versprechen die Koalitionäre, und „wir halten Abschiebehaft grundsätzlich für eine unangemessene Maßnahme und werden uns deshalb auf Bundesebene für die Abschaffung der Abschiebehaft einsetzen.“ Dafür brauche es allerdings einen längeren Atem, räumte Innenminister Breitner unlängst ein. Gegner Nr. 1 bei diesem Projekt dürfte die Bundespolizei sein. Für 28 Personen wurde zwischen Januar und September 2012 von schleswig-holsteinischen Kommunal- und Landesbehörden erfolgreich Haft beantragt. Dem steht die Zahl von gleichzeitig 192 Betroffenen gegenüber, die auf Betreiben der Bundespolizei im Rendsburger Abschiebungsgefängnis eingesperrt worden sind. Der Bundespolizei sind landespolitische Paradigmenwechsel offenbar egal. Sie erklärte u. a. dem Landesbeirat für die Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein gegenüber, dass sie keine Veranlassung sähe, künftig weniger intensiv Abschiebungshaft zu beantragen. Zu erwarten ist, dass die Bundespolizei

dafür auch künftig – mangels besonderer Widerstände – nicht minder intensiv die Finanzen des Landes in Anspruch nehmen wird.

Mit der Ankündigung „wir werden uns im Bundesrat für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung mit realistischen Anforderungen für die Betroffenen einsetzen“, greift die Landesregierung ein Projekt ihrer Vorgängerin auf. Der Koalitionsvertrag verspricht, dass das „Bleiberecht eine deutlich humanitäre Handschrift tragen und den Menschen eine verlässlichen Perspektive auf ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bieten“ müsse. Inzwischen ist die Diskussion im Bundesrat weitergeführt worden, andere Bundesländer haben mit eigenen Vorschlägen die schleswig-holsteinische Initiative sekundiert. Der Vorschlag

Hamburgs kommt den aus zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen erhobenen Forderung nach einer großzügigen Ausgestaltung einer künftigen stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung derzeit wohl am nächsten.

„Die Unterbringung von Asylsuchenden ist zum Teil problematisch“, stellt der Koalitionsvertrag u. E. richtig fest. Genauer zur Bewertung des Status Quo angefragt, hat die Landesregierung inzwischen allerdings einen Bericht vorgelegt, der kaum geeignet ist, die Grundlagen für eine künftige humanitär angemessene Umsetzung der Wohnverpflichtung zu schaffen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat das Thema zuletzt am 26. September 2012 abgehakt. Inwieweit die Vorschläge des Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen oder des Flüchtlingsrates zur Verbesserung der Unterbringungspolitik Berücksichtigung finden sollen, ist nicht bekannt. Unsere Vorschläge (PE v. 27.9.2012 – [www.frsh.de](http://www.frsh.de)) behalten damit weiterhin Forderungsqualität.



### Wahlrecht für MigrantInnen

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. war Mitinitiator der Kampagne „Jede Stimme zählt“, die im April 2012 eine symbolische Wahl für MigrantInnen organisiert hat. Das Ziel der Wahlkampagne war es auf das Demokratiedefizit aufmerksam zu machen. Denn die von der Wahl ausgeschlossenen Menschen sind zwar von fast allen politischen Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene direkt betroffen, von der politischen Partizipation durch Wahlen aber bleiben sie ausgeschlossen. Die VeranstalterInnen der Kampagne „Jede Stimme zählt!“ sehen die

abgeschlossene Wahlaktion als einen Auftakt, den Ausschluss von Menschen wegen ihres Passes in Schleswig-Holstein weiterhin öffentlich zu thematisieren. Eine Möglichkeit dazu wird unter anderem die Kommunalwahl im Mai 2013 in Schleswig-Holstein sein. Das Ergebnis der Wahlkampagne „Jede Stimme zählt!“ 2012 in Kiel sieht wie folgt aus:

SPD: 40%  
 CDU: 21%  
 LINKE: 13%  
 Grüne: 12%  
 FDP: 1%  
 SSW: 0%  
 Ungültig: 13%

Mehr Informationen auf <http://www.jedestimme2012.de>.